

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

19.08.2022

# Inhalt

## EWN

|  |   |
|--|---|
| 1   <b>Wolfgang Kubicki: „Wir sollten Nord Stream 2 jetzt schleunigst öffnen“</b><br><i>MAZ-Online.de (Märkische Allgemeine), 19.08.2022</i> ..... | 3 |
| 2   <b>Deponie-Suche für AKW-Abfall hakt</b><br><i>Welt.de, 18.08.2022</i> .....   | 6 |

## Wolfgang Kubicki: „Wir sollten Nord Stream 2 jetzt schleunigst öffnen“

*Müssen Menschen im Winter frieren? Drohen Teile der Industrie stillzustehen? FDP-Vize Wolfgang Kubicki fordert im Interview mit RND-Korrespondent Tobias Peter die Öffnung von Nord Stream 2, um mehr russisches Gas ins Land zu bekommen. Und das ist nicht die einzige fundamentale Änderung, auf die Kubicki jetzt dringt.*

**Herr Kubicki, die Bundesregierung will für einen befristeten Zeitraum die Mehrwertsteuer auf Gas senken. Bringt das die notwendige Entlastung, auf die Bürgerinnen und Bürger im Land so sehnlich warten – oder muss mehr folgen?**

Natürlich haben wir uns, was die Mehrwertsteuer auf Gas angeht, mehr Entlastungen gewünscht. Aber es wird sicher noch etwas folgen. Christian Lindner hat hier einen sehr ausgewogenen Vorschlag zum Abbau der Kalten Progression gemacht. Aber so dringend das Thema der Entlastungen ist, es ist nicht einmal der wichtigste Punkt, den wir in der Ampel jetzt zu klären haben. Vordringlich ist jetzt: Der Bundeswirtschaftsminister muss alles dafür tun, dass wir mehr Energie zur Verfügung haben.

**Die unmögliche Mission des Christian Lindner...**

Finanzminister Lindner will im kommenden Jahr die Schuldenbremse wieder einhalten und auf gar keinen Fall Steuern erhöhen. Gleichzeitig könnten gigantische Ausgaben für Hilfen notwendig werden. Wie soll der FDP-Chef mit dem Dilemma umgehen? Ein Kommentar von Tobias Peter.

**Jetzt folgt das Plädoyer für längere Laufzeiten bei den Atomkraftwerken, oder?**

Auch, aber nicht nur. Es wäre verrückt, Ende des Jahres drei Atomkraftwerke abzuschalten, während Deutschland wegen fehlenden Stroms im Dunkeln zu sitzen droht. Wir müssen auch darüber reden, ob und wie wir das Schiefergas nutzen können, das wir in heimischen Quellen zur Verfügung haben. Und ich sage ganz eindeutig: Wir sollten Nord Stream 2 jetzt schleunigst öffnen, um unsere Gasspeicher für den Winter zu füllen.

**Russland kann die vertraglich zugesicherte Gasmenge auch liefern, ohne dass wir Nord Stream**

**2 öffnen – dafür braucht es diese Pipeline nicht. Wladimir Putin schickt nur absichtlich zu wenig Gas durch Nord Stream...**

Das mag so sein. Es gibt aber keinen vernünftigen Grund, Nord Stream 2 nicht zu öffnen. Wenn Putin dann doch nicht mehr Gas liefert, haben wir auch nichts verloren. Kommt auf diesem Weg mehr Gas bei uns an, vielleicht sogar die komplette vertraglich zugesicherte Menge, wird das helfen, dass Menschen im Winter nicht frieren müssen und unsere Industrie nicht schweren Schaden nimmt. Dafür zu sorgen, ist jetzt die oberste Pflicht der Bundesregierung. Genau aus diesem Grund haben wir die übrigen Pipelines aus Russland ja auch nicht gekappt. Wenn die Gasspeicher gefüllt sind, können wir Nord Stream 2 ja wieder schließen – und die anderen Pipelines auch, wenn wir unabhängig geworden sind. Aber das sind wir nun mal noch nicht.

**Putins größter Erfolg wäre ein deutscher Gasnotstand...**

Putin würde die Öffnung der Pipeline propagandistisch als großen Erfolg ausschlichten. Wir haben versprochen, fest an der Seite der Ukraine zu stehen.

Wir bleiben auch fest an der Seite der Ukraine, daran ändert sich nichts. Das Problem ist trotz alledem: Putin hat noch immer Gas, das wir brauchen. Alles, was dafür sorgt, dass in Deutschland mehr Gas aus Russland ankommt, nützt uns mehr als ihm. Absurderweise schadet Russland die Drosselung der Gaslieferungen an uns gar nicht, weil durch die Knappheit die Preise so stark gestiegen sind. Der größte propagandistische Erfolg für Putin wäre es im Übrigen, wenn uns das Gas ausgeht, während er noch gut an uns verdient hat. Das gilt es zu verhindern. Und darum hat die Bundesregierung sich richtigerweise auch so für die Lieferung der Turbine für Nord Stream 1 eingesetzt.

## **Sie sagen also: Es macht keinen Unterschied, durch welche Pipeline das Gas kommt – oder?**

Putin darf keinen Vorwand haben, uns am langen Arm verhungern zu lassen. Wenn er es trotzdem bei offener Pipeline tut, dann wird er offen sagen müssen: „Ich will dem deutschen Volk schaden.“ Außerdem: Dass wir uns aus Russland Gas liefern lassen, wird doch nicht besser oder schlechter, weil es aus der einen oder der anderen Pipeline kommt. Gas aus Nord Stream 2 ist nicht unmoralischer als aus Nord Stream 1. Es ist nur eine andere Röhre.

## **Würde ein Kurswechsel bei Nord Stream 2 uns nicht international isolieren?**

Niemand unserer Freunde hat ein Interesse daran, dass die größte Volkswirtschaft Europas in die Knie geht. Das ist hingegen im Interesse des Kremls. Das, was uns außerdem bei unseren Nachbarn isoliert, ist, dass wir von anderen Ländern in Europa fordern, für uns Energie zu sparen – ohne dass wir bereit wären, wirklich alles, was geht, auszuschöpfen. Wir können von den anderen doch nicht erwarten, dass sie sich für uns strecken, während wir selbst untätig bleiben. International können wir es niemandem erklären, wenn wir Ende des Jahres Atomkraftwerke abschalten. Oder dass wir über die Möglichkeit von Schiefergasförderung, also von Fracking, noch nicht einmal reden wollen.

## **Wo in Deutschland sollte es aus Ihrer Sicht Fracking geben?**

Überall dort, wo eine entsprechende Förderung von Gas lohnend ist. Dazu kommen die Felder in der Nordsee. Es geht jetzt darum, dass wir uns langfristig von Energieimporten unabhängiger machen. Das werden wir allein mit erneuerbaren Energien nicht schnell genug schaffen. Fracking kann über Jahrzehnte einen erheblichen Beitrag zur Versorgungssicherheit in Deutschland leisten.

Die Einschätzungen über das Potenzial von Fracking gehen weit auseinander. Menschen in den betroffenen Regionen, und nicht nur dort, verweisen auf drohende Umweltschäden.

Der Deutsche Bundestag hat 2016 eine Expertenkommission mit dieser Frage beauftragt. Das Ergebnis war: Die Risiken für die Umwelt sind mittlerweile extrem gering. Deshalb müssen wir für jedes Fördergebiet ergebnisoffen über Fracking reden.

## **Und auch über das, was es in einem bestimmten Gebiet konkret für die Umwelt bedeutet?**

Selbstverständlich sollten dabei auch mögliche Umweltschäden eine Rolle spielen – allerdings sehe ich auch, dass die deutsche Debatte zur Übertreibung neigt. Ich halte es für moralisch verwerflich, hierzulande eine Fördermethode wie Fracking kategorisch auszuschließen, aber gern das Gas zu nehmen, das anderswo auf diese Weise gefördert wird. Dieses Handeln nach dem Motto „Umweltschäden meinetwegen – aber nicht vor meiner eigenen Haustür“ halte ich für rücksichtslos. Das gilt auch für die Kernkraft. Die Ukraine befindet sich im Krieg, aber bietet uns zusätzlichen Atomstrom an. Wir dagegen wollen Kraftwerke abschalten. Das ist doch lächerlich.

## **Laufzeitverlängerung nötig...Wäre ein Streckbetrieb der drei verbleibenden Kraftwerke ein denkbarer Kompromiss in der Koalition?**

Nein. Ein Streckbetrieb wäre ein erster Schritt, um ein bisschen besser über den Winter zu kommen. Aber wir brauchen die verbleibenden Kernkraftwerke für mehr Energiesicherheit auf jeden Fall bis zum Jahr 2024, möglicherweise auch länger.

## **Sie sind Vizevorsitzender einer der drei Parteien, die dieses Land regieren. Bereitet die Bundesregierung dieses Land aus Ihrer Sicht unzureichend auf den Winter und das kommende Jahr vor?**

Die Menschen werden es uns nicht verzeihen, wenn wir die Gefahr der Energieknappheit im Winter unterschätzen. Wenn wir nicht alles dagegen getan haben, dass Menschen im Winter frieren müssen, gefährdet das den Rückhalt der Demokratie. Nicht nur die Grünen werden den Unmut der Bürger zu spüren bekommen, wenn wir die Atomkraftwerke zu früh abschalten und Strom viel zu teuer wird oder sogar fehlt.

## **Sie verlangen von den Grünen, Maßnahmen zuzustimmen, die für diese bislang unvorstellbar waren. Muss dann nicht auch die FDP bereit sein, noch mal darüber zu reden, ob die Schuldenbremse im kommenden Jahr ausgesetzt werden muss?**

Die Einhaltung der Schuldenbremse hat Verfassungsrang. Dass das letzte Atomkraftwerk Ende des Jahres vom Netz geht, nicht. Ich will gar nicht grundsätzlich am Atomausstieg rütteln. Ich will nur, dass die Kraftwerke etwas länger laufen. Eben solange es notwendig ist. Einen Kuhhandel à la „Längere Laufzeiten bei der Atomkraft gegen eine Aussetzung der Schuldenbremse“ wird es nicht geben.

## **Zurück zum Anfang des Gesprächs: Bleibt denn dann überhaupt genug Geld, um die Menschen ausreichend zu entlasten?**

Der Staat kann nicht jeden Nachteil ausgleichen. Es muss Priorität haben, untere und mittlere Einkommen zu entlasten: also die Menschen, die arbeiten, aber am Ende gar nicht so viel rausbekommen. Manches andere wird nicht gehen. Die Grundsicherung muss weiter ausreichen, um damit über die Runden zu kommen.

**Die Unterschiede zwischen den drei Parteien in der Ampelkoalition sind riesengroß. Ist die Regierung in dieser Krise schnell genug entscheidungs-**

**fähig?**

Die Ampel hat sich innerhalb kürzester Zeit auf ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr verständigt. Diese Koalition muss und wird die vor ihr liegenden Aufgaben lösen. Dieses Regierungsbündnis hält. Die einzige Alternative wäre eine Neuwahl – und die wäre in dieser Lage verheerend für das Land.

Welt.de | 18.08.2022 | S. Online 18.08.2022 08:00 Uhr

WEBLINK

## Deponie-Suche für AKW-Abfall hakt

*Mit der Reaktorkatastrophe von Fukushima kam das Aus für das Atomkraftwerk in Biblis. Mit der deutschen Energiewende gingen auch die beiden Reaktorblöcke in Südhessen vom Netz. Seit Jahren wird dort nun rückgebaut - nur den Müll will keiner haben.*

Die vier Kühltürme und die beiden Reaktorblöcke des ehemaligen Atomkraftwerks Biblis in Südhessen sind weithin sichtbar. Auf den ersten Blick deutet nichts darauf hin, dass von hier kein Atomstrom mehr fließt, einzig: Aus den gigantischen Türmen steigt kein Wasserdampf mehr auf. Das Kraftwerk wird seit Jahren rückgebaut. Bei diesem Rückbau hakt es weiter bei der Suche nach einer Deponie für die zu erwartenden Zehntausenden Tonnen Kraftwerksschrott. "Da noch keine Deponie gefunden wurde, lagern Abfälle, die für eine Deponierung vorgesehen sind, zurzeit auf dem KKW-Gelände", teilte das hessische Umweltministerium auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur mit.

Es sei ein Antrag auf Duldung einer Mitbenutzung einer Deponie gestellt worden, der derzeit vom Regierungspräsidium Darmstadt geprüft werde, heißt es beim Ministerium. Das Ergebnis ist offen.

Nach Angaben des Regierungspräsidiums dauert die Prüfung. "Ob eine geeignete Deponie im Zuständigkeitsbereich des Regierungspräsidiums vorhanden ist und ob und unter welchen Voraussetzungen eine Anordnung verhältnismäßig wäre, wird aktuell noch von uns geprüft", teilte die Behörde mit. Selbst wenn es eine Anordnung gibt, könnte das nicht das letzte Wort sein. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe urteilte unlängst, dass Abfälle von einem Atomanlagen-Rückbau nicht auf eine Deponie dürfen.

Hessens Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) hatte im Januar in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage mitgeteilt, "die gesicherte Entsorgung von Abrissmaterial ist für einen sicheren und zügigen Abbau" wesentlich. Keine von mehr als 200 angefragten Deponien bundesweit habe sich hierzu aber bereit erklärt.

Das Kernkraftwerk mit seinen zwei Blöcken wurde wie andere nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 stillgelegt und wird seit 2017 rückgebaut. Von den 17 aktiven Atomkraftwerken zur Zeit der Katastro-

phe in Japan sind heute noch 3 am Netz. Sie sollen Ende des Jahres abgeschaltet werden.

Angesichts steigender Preise und drohender Energieknappheit ist eine Debatte um die weitere Nutzung der verbliebenden deutschen Atomkraftwerke entbrannt. Längere Laufzeiten schloss zuletzt auch der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, nicht aus. Nach Angaben des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) werden heute 11 der damals 17 Kraftwerke rückgebaut.

Ein erster Meilenstein beim Rückbau von Biblis ist dem hessischen Umweltministerium zufolge erreicht. Die Brennelemente seien in Castoren verpackt und damit eine Kernbrennstoff-Freiheit erreicht. "Damit wurde gegenüber dem Leistungsbetrieb 99 Prozent der Aktivität aus den Blöcken entfernt und ein Kernschmelzunfall unmöglich gemacht." Im Block A habe der Betreiber, der Energieversorger RWE, eine Abbaufabrik in Betrieb genommen. Dort gebe es Dekontaminations-, Trockenstrahl- und Abwasseraufbereitungsanlagen sowie Sägen. So werden die Bestandteile aus dem Inneren der Gebäude behandelt und zerlegt.

Gemäß den Planungsdaten erwarte RWE eine Gesamtmenge von 63.000 Tonnen radioaktiver Reststoffe aus den Kontrollbereichen beider Blöcke, heißt es beim Umweltministerium. 55.000 Tonnen davon sollen direkt oder mit geringem Dekontaminationsaufwand zur Freigabe gelangen und damit irgendwann auf eine Deponie. "Etwa 5800 Tonnen können voraussichtlich nicht freigegeben werden und müssen als radioaktiver Abfall entsorgt werden."

Auch dieser strahlende Müll ist auf dem Kraftwerksgelände gelagert. Bei all den Zehntausenden Tonnen Abfall ist ein möglicher Gebäudeabriss noch gar nicht mitgerechnet. Erst nach dem bis Ende 2033 geplanten Rückbau werde über einen Abriss oder eine Weiternutzung entschieden.

”Beim Abbau des Kernkraftwerkes Biblis fallen Abfälle an, deren Radioaktivität so gering ist, dass sie entsprechend den Vorgaben der Strahlenschutzverordnung spezifisch freigegeben und nach den Regelungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes wie regulärer Abfall auf einer Deponie entsorgt werden können”, hatte Hinz im Januar in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage gesagt. Für den Naturschutzbund Bund eine Milchmädchenrechnung.

”Das ganze Modell ist nicht belastbar”, sagte Werner Neumann vom Landesvorstand des hessischen Bundes. ”Bei dem Thema Grenzwerte kommen Gutachten

zu einem anderen Schluss.” Der Verband habe 2017 gegen die Genehmigung einer Freigabe des Mülls Klage beim Verwaltungsgerichtshof eingereicht. Die liege dort nun seit fünf Jahren. ”Wir halten es nicht für ungefährlich.” Es gehe um die Frage, ob die Kriterien für die Grenzwerte überhaupt geprüft worden seien.

Auch der für die Entsorgung eigentlich zuständige Landkreis Bergstraße sei in der Verantwortung. Der habe keine geeignete Deponie, sagte er. ”Denen ist aber seit vielen Jahren bekannt, dass dort ein AKW steht.” Eigentlich sollte man es am Ort des Geschehens unter einer Kuppel lagern.